

# Anlage– zusätzliche Erklärungen und Angaben zur Eignung des Bieters

## A Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

### 1. Eigenerklärung zur Eignung

Ich/wir erkläre(n), dass

- ich/wir keine wettbewerbswidrigen Absprachen mit anderen Bietern getroffen, noch Kenntnis vom Inhalt anderer Angebote, noch anderen Bietern Kenntnis über die Inhalte meines/unseres Angebotes verschafft habe(n),
- ich/wir die gewerblichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung selbst oder durch Dritte erfülle(n),
- ich weiß/wir wissen, dass wesentliche Leistungen, auf die mein/unser Betrieb und der Betrieb der von mir/uns benannten Nachunternehmer, nur von mir/uns an Unterauftragnehmer übertragen werden dürfen, wenn die Auftraggeberin schriftlich hierzu ihre Zustimmung erklärt; und ich weiß/wir wissen, dass nach Zuschlagserteilung kein Anspruch auf eine solche Zustimmung besteht,
- ich mich/wir uns verpflichte(n), den von uns beschäftigten Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die in einem für mich/uns verpflichtenden Tarifvertrag für den Beschäftigungsort vorgegeben sind; dabei ist gleichgültig, dass die entsprechende Verpflichtung aus der Tarifbindung oder der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages (§§ 3 und 5 TVG) oder aufgrund einer Rechtsverordnung nach §§ 7 ff. Arbeitnehmerentsendegesetz erwächst,
- ich/wir weitere gewünschte Angaben mache/machen und/oder Nachweise vorlegen werde /werden, falls der Auftraggeber hierzu auffordert,
- weder ich/wir selbst in eigener Person und/oder wegen eines für mich/uns verantwortlich Handelnden im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Betätigung nach § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen wurden und/oder nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden bin/sind.
- ich mich verpflichte/wir uns verpflichten, die Vergabestelle unverzüglich zu informieren, wenn sich während des weiteren Verfahrens bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist Änderungen an den von mir/uns vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen für mich/uns erkennbar relevanten Voraussetzungen für die Zuschlagserteilung ergeben, und ggfs. aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggfs. auch Nachweise unverzüglich beizubringen.

### 2. Eigenerklärung

Ich / Wir erklären, dass

- ich/wir keine schwere Verfehlung begangen habe(n), die die Zuverlässigkeit als Bewerber/Bieter in Frage stellt;
- ich/wir keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf meine/unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben habe(n).
- Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen.

### 3. Eigenerklärung zur Teilnahme am Wettbewerb

Ich / Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht wegen der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden bin/sind:

- §§ 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), oder 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)
- § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)
- § 263 StGB (Betrug)
- § 264 StGB (Subventionsbetrug)
- §§ 333 oder 334 des StGB (Bestechung) auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU

Bestechungsgesetzes vom 10. September 1998 und des Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung Internationaler Bestechung vom 10. September 1998, Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung
- § 299 StGB
- § 108e StGB
- § 370 Abgabenordnung

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gem. § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

#### **4. Erklärung bezüglich umweltrelevanter Straftaten**

Ich / Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht wegen der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden bin/sind:

- §§ 324, 324a, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 330a StGB (Gewässer-, Boden-, Luftverunreinigung, unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen, unerlaubtes Betreiben von Anlagen, Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete, unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern, besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat, schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften),
- § 27 des Chemikaliengesetzes,
- § 39 des Pflanzenschutzgesetzes

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gem. § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

#### **5. Verbindliche Bietererklärung**

Ich/ Wir erklären, dass

- alle Angaben meines/unseres Angebotes zutreffend sind,
- die in meinem/unseren Angebot genannten Leistungen von mir/uns über die gesamte vorgesehene Vertragslaufzeit wie gefordert erbracht werden können,
- soweit Nachunternehmer wie von mir / uns angegeben eingesetzt werden, unter deren Einbeziehung die in meinem / unserem Angebot genannten Leistungen von mir/uns über die gesamte vorgesehene Vertragslaufzeit wie gefordert erbracht werden können und
- ich/wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist an das abgegebene Angebot gebunden halten.

#### **6. Nachunternehmereinsatz**

Nicht zugelassen

#### **7. Eigenerklärung zu Pflichtverstößen gem. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

*Gilt seit 01.01.2024 für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter*

- ☐ Ich/ Wir erklären, dass ich/wir nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 LkSG mit einer Geldbuße von wenigstens 175.000 Euro belegt worden bin/sind und daher keine Ausschlussgründe nach § 22 LkSG i.V.m. § 124 GWB bestehen.

- ☐ Ich/ Wir erklären, dass ich/wir zwar wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 LkSG mit einer Geldbuße von wenigstens 175.000 Euro belegt worden bin/sind, aber eine Selbstreinigung nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bereits vorgenommen habe(n) und daher keine Ausschlussgründe nach § 22 LkSG i.V.m. § 124 GWB bestehen.

Der Nachweis meiner/unserer Selbstreinigung wird mit dem Angebot in der Beschaffungsstelle eingereicht.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift/Signatur Bieter

.....  
oder ggf. elektronische Signatur